



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/KII/246 - 26. Oktober 1957

Sinweise  
auf den Inhalt:

Das Treffen Eisenhower - Macmillan	S. 1
Schwarze Priester für Afrika	S. 2
Weisser Fleck Ost-Europa	S. 3
Die Deutsche Jugend des Ostens "hebt die Fahnen" ...	S. 4
Neue Schikane an der Zonengrenze	S. 6

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 04834 - 88  
Fernschreiber 0386890

## Vorhängnisvoller Kreislauf

sp- Als Ergebnis des Treffens Eisenhower - Macmillan ist zunächst die gegenseitige Zusicherung bekannt geworden, dass die USA und Grossbritannien auf dem Gebiet der Raketen- und Atomforschung eng zusammenarbeiten wollen. Ausserdem beabsichtigen beide Staaten, die Resultate ihrer Forschungen auch anderen Staaten der westlichen Verteidigungsgemeinschaft insoweit mitzuteilen, als hierdurch eine Stärkung des Verteidigungspotentials erreicht werden kann. Grossbritannien und die USA betrachten sich als die führenden Grossmächte des Westens. Sie wollen aber auch dafür sorgen, dass andere Westmächte in den "Genuss" hochwertiger Raketenwaffen gelangen. Frankreich hat bereits vor Monaten einen entsprechenden Antrag gestellt.

Man kann dieses Ergebnis der Besprechung der beiden Staatsmänner als die unmittelbare Reaktion auf den Start des "Sputnik" und die im Anschluss daran gehaltenen Drohreden Chruschtschows betrachten. Das Leitmotiv der Weltpolitik ist also unverändert geblieben. Auf die "Politik der Stärke" der einen folgt die "Politik der Stärke" der anderen Seite.

Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, dass die Weltpolitik wieder in die Atmosphäre des kalten Krieges gerät. Die vermittelnde, die ausgleichsuchende Politik ist im Augenblick nicht sichtbar. Jugoslawien hat zwar in der UNO einen neuen Vorstoss in Richtung auf verstärkte Bemühungen bei der Abrüstungsfrage gemacht. Anders, den beiden militärischen Machtblöcken nicht angeschlossene Staaten dürften sich in Kürze der Initiative Jugoslawiens anschliessen. Inzwischen jedoch geht das Wettlaufen der "Grossen" weiter, und die "Kleinen" - in jeder Lagern - sind drauf und dran, ihre Beteiligung an dem infernaln Kreislauf sicherzustellen. - Wenn nicht alles täuscht, wird sich die Regierung der Bundesrepublik in Kürze ebenfalls anschliessen.

Die Notwendigkeit, diesen Kreislauf zu durchbrechen, wird immer sichtbarer. Gewiss, man kann sich auf den Boden der sogenannten Tatsachen stellen. Dann soll man aber den Mut haben, zu sagen, dass man eine neue gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den Völkern mit den fürchtbarsten Zerstörungswaffen für unumgänglich hält.

Der Vatikan baut vor

H.E.D. Wie aus gut unterrichteten Kreisen in Rom und Paris verlautet wird, haben in den letzten Wochen zahlreiche Besprechungen zwischen dem USA-Botschafter in Italien, Zellerbach, und einflussreichen Persönlichkeiten des Vatikan stattgefunden. Thema dieser Gespräche war die Errichtung einer grossen westafrikanischen Föderation, die unter der Führung des erst kürzlich zum unabhängigen Staat erklärten Ghana stehen würde - und sich der wohlwollenden Unterstützung der Vereinigten Staaten erfreuen sollte. Der Vatikan, so versuchte Zellerbach den katholischen Würdenträgern das neueste Projekt amerikanischer Afrika-Politik zu erläutern, sollte hierbei eine entscheidende Rolle spielen, indem katholische Missionare angewiesen werden, diesen Plan unter die Massen der Negerbevölkerung der betreffenden Gebiete zu tragen.

Dem State Department war nicht verborgen geblieben, dass der Hl. Stuhl seit geraumer Zeit mit Besorgnis das Verdrängen des Islams in die Länder südlich der Sahara beobachtet, wobei hinzukommt, dass sich allmählich der Widerstand der Neger gegen die politischen und wirtschaftlichen Formen des europäischen Kolonialismus auch auf die Tätigkeit der katholischen Missionare europäischer Herkunft ausdehnt. Gleichfalls aber weiss man in Washington, dass der Vatikan vermittels des französischen Episkopats in letzter Zeit mehrfach gegen die Ausschreitungen der französischen Truppen in Algerien protestiert hat. Wie eine verlässliche Quelle aus Rom meldet, sollen bekannte Franzosen, die zu den Gruppen des progressiven Katholizismus zählen, den Auftrag erhalten haben, in Algerien sogenannte Freundschaftszentren für Europäer und Algerier zu bilden. Ziel ist es, auch in einem unabhängigen Staat Algerien die Ausübung der katholischen Religion zu ermöglichen.

Man geht nicht fehl in der Annahme, dass über den apostolischen Delegaten in Kairo auch die arabischen Staaten von diesen Schritten des Vatikan unterrichtet wurden. Die letzten Prozesse in Algier, in denen Katholiken der Hilfe für Algerien angeklagt waren, bestätigen diese Annahme. Dies alles musste den USA-Botschafter Zellerbach überzeugen, dass der Vatikan solchen Überlegungen, wie sie seine Regierung in letzter Zeit ausgearbeitet hat, nicht feindlich gegenübersteht. Es ist kein Geheimnis, dass bestimmte Würdenträger des Vatikan auf die Errichtung farbiger Kirchenzentren in Afrika hinarbeiten, da sie wissen, dass die Zeiten eines von Europa protektionierten Negerchristentums vorüber sind. Zellerbach machte dem Hl. Stuhl das Angebot, allmählich die europäischen Missionare aus den afrikanischen Kirchenprovinzen abzuziehen und sie durch amerikanische Negergeistliche zu ersetzen. Man darf glauben, dass diese Pläne auf den Widerstand der Pariser und Londoner Regierungen stossen werden. Aber die Entwicklung wird denen recht geben, die schon frühzeitig solche Möglichkeiten ins Auge gefasst haben. Es wäre verfehlt, einer Institution mit einer solchen geschichtlichen Erfahrung wie die Katholische Kirche nicht zutrauen zu wollen, dass sie realistisch die Gelegenheit beim Schopfe fasst. Man darf auf die nächsten Schritte gespannt sein.

### Mehr Ostkunde tut not

sp- In einer berührt gewordenen Bundestagsdebatte, in der es um den Nutzen oder Nichtnutzen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit den Ostblockstaaten ging, prägte der verstorbene deutsche Botschafter in Belgrad, der Bundestagsabgeordnete Dr. Pfeleiderer, den Begriff von den weissen Flecken auf der europäischen Landkarte, soweit es die Stellung der Bundesrepublik zum gesamten Osten betraf. Die weissen Flecken bestehen immer noch. Dies trifft nicht nur auf dem Gebiet der Diplomatie zu. Das Nichtwissen über die seit dem deutschen Zusammenbruch im Osten erfolgten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen ist erschreckend. Selbst politisch gebildete Deutsche tappen hier im Dunkeln und können im Gespräch mit Ausländern in einer an Tatsachen sich orientierenden Diskussion nicht gut bestehen. Ausserst dünn gesät ist die Zahl gründlicher Kenner des Ostens, und es wurde auch in den verflossenen Jahren nicht viel getan, die hier entstandenen Lücken wieder auszufüllen.

Nach den Gründen braucht man nicht lange zu suchen. Vieles hat dazu beigetragen: Die schrecklichen Erlebnisse von Millionen vertriebener Deutscher, eine Folge der durch Hitlers Verbrechen ausgelösten Leidenschaften und die damit verbundene Bolschewisierung unserer östlichen Nachbarvölker, die mit den Jahren zunehmende Anlehnung an den Westen, die den Blick trübte und auch geistig einen eisernen Vorhang entstehen liess, der uns unfähig machte, darüber hinwegzublicken. So erklärbar das alles auch ist, so enthebt es uns doch nicht der Verpflichtung, nun nach einem gut Dutzend Jahren der freiwilligen und gezwungenermassen erfolgten Selbstabschnürung unseren politischen Blick auch nach der Welt des Ostens zu richten.

Diese Notwendigkeit wird allenthalben stark empfunden. So ist es zu begrüssen, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft auf ihrer Tagung in Berlin beschloss, eine besondere Kommission zu bilden, die einen wissenschaftlichen Nachwuchs für die Fragen der Ostforschung interessieren soll. Dieser Beschluß erhielt durch die Anwesenheit des Bundespräsidenten Professor Heuss noch eine besondere Bedeutung.

Wir brauchen eine gute Kenntnis des Ostens und ein geordnetes Verhältnis zu ihm, wenn wir den geographischen und politischen Realitäten Gendge tun wollen. Die wissenschaftliche und politische Schulung von jungen Deutschen, denen in der Zukunft Osteuropa kein "weisser Fleck" mehr sein soll, ist eine Voraussetzung dazu.

Die Deutsche Jugend des Ostens "hebt die Fahnen" ...

K.H. Unter den etwa zwei Dutzend in der Bundesrepublik bestehenden Jugendgruppen mit rechtsradikalen Tendenzen kommt der auch im Bundes- und in der Landes-Jugendringen vertretenen "Deutschen Jugend des Ostens" besondere Bedeutung zu. Mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit wird in deren Jugendgruppen in Wort und Schrift rechtsextremes und nationalistisches Gedankengut vertreten. Besonderer Pflege erfreuen sich die Werke nationalsozialistischer Schriftsteller und die von den meisten Funktionären dieser Organisation aus ihrer politischen Vergangenheit lieb gewordenen Gesänge aus dem braunen Liederschatz der Hitler-Jugend.

Anlässlich einer Sonnenwekdfeier der Kreisgruppe Wiesbaden der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) glaubten sich manche Zuhörer in die guten alten Zeiten der Hitler-Jugend versetzt. Da wurde zum Beispiel dem Wunsche Ausdruck verliehen: "In den Ostwind hebt die Fahnen, denn im Ostwind stehn sie gut". Es handelt sich um ein Lied der Hitler-Jugend, dessen Autor der FJ-Dichter Hans Baumann ist. Nach dem kriegerischen Erheben der Fahnen lautet die erste Strophe weiter:

"Dann befehlen sie zum Aufbruch, und den Ruf hört unser Blut.  
Denn ein Land gibt uns die Antwort, und das trägt ein deutsches Gesicht,  
dafür haben wir geblutet, und darum schweigt der Boden nicht".

Selbstverständlich soll und darf man nicht eine ganze Organisation für eventuelle braune Seitenzünge einer Gruppe verantwortlich machen. Doch leider lässt das gesamte von der DJO herausgebrachte "Schrifttum" an diesbezüglicher Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Einem Bericht über die "Bannerweihe" einer DJO-Gruppe entnehmen wir die folgende Stelle:

"Dann erfuhren wir: 'Aufnahme der Mitglieder und Bannerweihe'.  
Da wurde es still und feierlich im Saume. Totengedenken, ein Gedicht, das Lied "Nichts kann uns rauben". Hans sprach mahnende Worte und bekräftigte die Bannerweihe mit dem Rüttelschwur.  
Gemeinsam sangen wir: 'In den Ostwind hebt die Fahnen' ..."

Eine Beurteilung dieser Jugendgruppe wird durch das Lesen deren offiziellen Zeitschrift "Der Pfeil" erleichtert. Nach Ansicht der "Pfeil"-Redakteure ist die seinerzeitige "Eingliederung" Österreichs ins Dritte Reich vollkommen legitim vor sich gegangen. Mit einer nicht zu überbietenden nationalistischen Arroganz wird zu der selbstverständlichen Anerkennung erklärt:

"Im Falle Österreich haben die deutsche Bundesregierung und das Parlament gewisse Vorleistungen getan, indem die vollendete Tatsache des Jahres 1945 vorläufig anerkannt wurde".

Allerdings sollten sich nach der "Pfeil"-Ansicht die Österreicher über die Dauer ihrer Unabhängigkeit nicht zu grossen Illusionen hingeben, denn über die "Vorleistung" wird noch später ein gesamtdeutsches Parlament zu entscheiden haben.

Es kann uns unter diesen Umständen nicht verwundern, dass im "Pfeil" Beiträge nationalsozialistischer Schriftsteller, wie Baumelberg, Grimm, Ployer usw. veröffentlicht und dass die Werke dieser Standards literatur wärmstens empfohlen werden. Als charakteristisch für die geistige Einstellung der "Pfeil"-Männer kann eine Besprechung zu den seinerzeit aufgeführten Filmen, die sich mit dem Problem des 20. Juli beschäftigen, gewertet werden. Hier einige Auszüge daraus:

"... Der 20. Juli war der Tag der Revolte eines kleinen Kreises hochgebildeter Männer gegen das von ihnen als veräusserlich angesehen System des Nationalismus ... Die gewissenhaften Soldaten, die durch ihre Planung eine Revolte zu problemloserfüllten Parzivals und Hamlets wurden ...

Es ist erschütternd und im echten Sinne tragisch zu nennen, mit welcher geradezu kindlichen Naivität diese Offiziere versuchten, Weltgeschichte zu machen ... Wer in einer Sternstunde eines Volkes in die Speichen des Rades seiner Geschichte greifen will, muss nicht nur wissen, warum er dies tut" ...

Dann wir noch erfahren, dass sich der Bundesführer der DJO, Dr. Hans Christ - der Führer der Hitler-Jugend in Ungarn war - gegen eine "Überbetonung des Demokratismus" wendet, da diese nach seiner Ansicht geeignet ist, den "Gruhaufen" zu "barnen" - gemeint sind jene demokratischen Jugendorganisationen, die im Herbst den Ausschlussantrag der DJO aus dem Bundesjugendring gestellt haben - so drängt sich doch die Frage auf, wie lange die DJO noch als Mitglied des Bundesjugendringes geduldet werden kann. Wäre es nicht Zeit, wenn sich der demokratische "Gruhaufen" von dieser Nachfolgeorganisation der Hitler-Jugend trennen würde?

Aktion "Schiebertod"

K.J. Zwei Wochen sind vergangen, seitdem Pankow die Ostmark "umspellte". Es war eine wirtschaftliche Notwendigkeit für das System des organisierten Mangels, das den Kaufkraftüberhang beseitigen und die letzte Privatinitiative beenden sollte - mehr aber noch eine politische: die SED wollte die "Realität zweier deutscher Staaten" manifestieren. Wer die Praktiken der Pankower kennt, konnte den Ratterschwanz weiterer Massnahmen voraussehen.

Jetzt sind sie da. auf der Autobahn Berlin-Marienborn wachsen wieder einmal die Fahrzeugschlangen, die LKW's müssen Stückgut zur Kontrolle abladen, die Volkspolizei fährt nach Ostmark und "unsittlicher" Schriften. Seit dem 16. Oktober werden täglich durchschnittlich acht bis zehn Postwagen von den Eisenbahnzügen abgehängt und durchschneffelt. Es gibt Leibesvisitationen peinlichster Art. alles das verstösst natürlich gegen bestehende interalliierte Abkommen, aber Pankow hat seine Entschuldigung zur Hand: das "Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs" fand in Paketsendungen Aufklärungsschriften für die Zonenbevölkerung über die Rechtslage nach dem Goldumtausch. Das ist der SEDisten unbequem. Sie machen daraus "Hetzmateriale" und begründen die Kontrolle und Beschlagnahmen mit dem Weltpostvertrag, der den Versand von Paketen mit "unsittlichem Inhalt" verbietet. So moralisch dankt man in Pankow...

Wieder einmal soll auf dem Umweg über die "Agentenzentralen"-Hysterie der innerdeutsche Verkehr behindert werden. Als ob es schon genug wäre! Natürlich ist alles Scharfmacherei, angelegt dazu, die "Souveränität der DDR" zu unterstreichen. Es geht ja nicht um die "unsittlicher" Pakete. Pankow will aus der Zonengrenze eine Staatsgrenze machen und schert sich dabei den Teufel um alliierte Abmachungen. Es führt ein gerader Weg von den seit Jahren praktizierten Paketdurchschnefflung der West-Ost-Sendungen über das Reiseverbot für Studenten, Oberschüler und Lehrer bis zur heutigen Behinderung des Postverkehrs von Ost nach West.

"Aktion Schiebertod" nennt die Zonenpresse die neuen Massnahmen

- warum eigentlich nicht "Einheitsdollar"? -, montiert die Radkappen von Personenkraftwagen ab, lässt Männer und Frauen bis auf die Haut entkleiden, um nach versteckten DM-Beträgen zu fahnden. Besonders betroffen davon sind die 36 000 Ostberliner, die in Westberlin arbeiten: sie sollen endlich resignieren und ihre Arbeit in Westberlin aufgeben. Westberliner dürfen höchstens dreissig Westmark nach Ostberlin mitnehmen - die Ostberliner nicht mehr als fünf Ostmark nach Westberlin. Eine Arbeiterin aus Pirna erhielt sieben Monate Gefängnis, weil sie ihrer Tochter nach Westberlin 295 Ostmark gebracht hatte, eine Leipzigerin wurde verhaftet, weil sie für ganze 48 Mark in Westberlin Wolle eingekauft hatte. Nach Pankower Auffassung sind das "Verbrechen", die hart gesühnt werden müssen.

Trotzdem: Der Kurs der Berliner Wechselstuben liegt inzwischen wieder mit 4,50 Ost für eine Mark West auf der alten Höhe. Das Angebot an Ostmark ist übergross. Es ist ein offenes Geheimnis, dass selbst höhere SED-Funktionäre den "Schwindelkurs" benützen, um ihr Geld im Westen anzulegen und unentbehrliche Dinge einzukaufen. Die Ostmark ist nicht "härter" geworden. Im Grunde weisst man das in Pankow sehr genau. Man weisst auch, dass die Löcher im Eisernen Vorhang nicht zuzustopfen sind. Die "Aktion Schiebertod" ist weitgehend eine Prestigemassnahme, dazu angelegt, die Zwei-Staaten-These Pankows auf eine neue Weise handgreiflich aufzuzäumen.

Mit Erschütterung erinnert man sich an die Zeiten, als die Siegermächte nach 1945 postulierten, Deutschland müsse seine wirtschaftliche Einheit behalten. Leutstark fordert nun Pankow seit Jahr und Tag, die Deutschen sollten sich "an einen Tisch" setzen - und es tut dabei alles, um die letzten Stühle umzuwerfen. Der ostberliner Sohn, der seine westberliner Mutter besuchen will und dabei mehr als fünf Mark im Portemonnaie hat, wird zum "Währungsverbrecher" ...

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel